

Wie sozialdemokratisch sind die italienischen Kommunisten?

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339182>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie sozialdemokratisch sind die italienischen Kommunisten?

Zum Ausgang der Parlamentswahlen in Italien

Der KPI ist es, wie nicht anders zu erwarten war, anlässlich der Juni-Wahlen gelungen, ihre parlamentarische und damit ihre politische Macht auszubauen. Wenn es ihr auch nicht möglich war, zur stärksten Partei aufzurücken, so kommt ihr Vormarsch doch einem Sieg gleich. Um so aktueller ist die Frage geworden: Wie gefährlich sind eigentlich die italienischen Kommunisten? Diese Fragestellung bedingt, dass man sich mit der jüngsten Entwicklung der KPI etwas näher befassen muss. Dabei lässt sich nicht übersehen, dass hier geradezu von einem aussergewöhnlichen Wandel gesprochen werden kann.

Die KPI hat – wie neuerdings auch die Kommunistische Partei Frankreichs – dem Revolutionsbegriff des orthodoxen Kommunismus abgeschworen. Sie bekennt sich – wenigstens theoretisch – zu einem Reformkommunismus, das heisst zu einem friedlichen und gesetzlichen Übergang von einer kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft. Dabei können sich Berlinguer und seine Getreuen auf *Karl Marx* berufen: «Erst muss die historische Situation reif sein für die Revolution, man kann ‚naturgemässe Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren‘» (Vorwort zum «Kapital», I. Band). Und der österreichische Marxist *Günther Nenning* hat diesen Gedanken in seinem soeben erschienenen Werk «Realist oder Verräter?» weiterentwickelt und noch etwas farbiger ausgedrückt: «Man darf nicht Revolution machen, wenn die objektiven historischen Umstände dawider sind. Revolutionäres Gerede ins Blitzblaue hinein, ‚ultralinke‘ heisse Luft, bringt nichts als die Genossen ins Unglück.» Übrigens war es *Gramsci*, der grosse Ahn der italienischen Kommunisten, der Lenin zum Vorwurf machte, er habe «seine» Revolution gegen den Marxismus gemacht.

Italien hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer Industrienation ersten Ranges entwickelt. Nicht zu Unrecht wird auch dort vom *Miracolo economico* (Wirtschaftswunder) gesprochen. Der Führung der italienischen Kommunisten kann nicht entgehen, dass in einem so modernen Industriestaat wie Italien keinerlei revolutionäre Zuspitzung der gesellschaftlichen Gegensätze vorhanden ist (auch wenn berücksichtigt wird, dass in Italien etwa im Verhältnis zur Schweiz die sozialen Unterschiede noch immer krass sind). Kommunisten von der Intelligenz eines Berlinguer sind weit-sichtig genug, um zu erkennen, wie schädlich es für ihre Partei wäre, revolutionäre Erwartungen zu wecken; denn dadurch würden in der Bevölkerung nur Angstreaktionen erzeugt oder falsche Hoffnungen geweckt. Zudem bilden die Italiener ein Volk von ausgesprochenen Individualisten.

Auch auf diese Eigenschaft musste die KP von jeher Rücksicht nehmen. So ist es bezeichnend, dass unlängst *Carlo Galluzzi*, hervorragendes Mitglied der Direktion der KPI und Parlamentsmitglied, in einer Auseinandersetzung mit *Bruno Kreisky* einräumte, dass es für ihn – Galluzzi – in Italien keinen Platz für eine Staatsideologie gebe. Anstelle einer solchen Ideologie müsse das Bekenntnis zur Vielfalt der Meinungen und zur demokratischen Entscheidung treten. Gleichzeitig versicherte Galluzzi, die KPI verstehe sich heute nicht mehr als Inhaberin der einzigen Wahrheit¹.

So bekennt sich denn die KPI heute – im Gegensatz zu den Vertretern eines orthodoxen Marxismus-Leninismus – zur Durchführung freier Wahlen, zum Mehrparteiensystem und zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheitsrechte (insbesondere der Gesinnungs- und Meinungsfreiheit). Nach Auffassung der KPI dürfen diese demokratischen Errungenschaften nicht mehr beseitigt, sondern müssten vielmehr noch weiterentwickelt werden.

Somit könnte man sagen, dass sich die KPI zu einer sozialdemokratoïden Partei zu entwickeln scheint. Deshalb hat *Helmut Hubacher* jüngst in unserer Zeitschrift («Profil» 6/1976) mit Recht Professor *Künzli* zitiert, der auf Grund eines in der «National-Zeitung» erschienenen Artikels zum Schluss kommt, die KPI stelle heute eine «demokratisch-sozialistische» Ordnungsmacht dar.

Aus diesem Grunde ist auch aus sozialdemokratischer Sicht nicht einzusehen, weshalb der KPI der Weg zur Mitarbeit und Mitverantwortung in einer neuen Regierung verweigert werden soll. Dass der Kampf gegen eine solche Regierungsbildung auch taktisch höchst unklug ist, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden.

Allerdings: So interessant es erscheint, die Entwicklung der westeuropäischen kommunistischen Parteien zu verfolgen, so verfehlt wäre es, etwa auch gegenüber der KPI unkritisch zu bleiben im Vertrauen darauf, dass ihre jüngsten Theorien automatisch Praxis würden. Es ist nicht zu übersehen, dass manche beschwichtigende Erklärung dieser Partei taktisch bedingt sein dürfte und zudem unter vage formulierten Bedingungen abgegeben wurde. Wieweit Worten auch Taten folgen werden, muss sich erst noch erweisen.

Ungeklärt ist insbesondere noch die Frage, wieweit die KPI in der Lage ist, sich von den kommunistischen Zentren Moskau und Peking zu emanzipieren und auf Grund eigener Analysen zu einer wirklichen autonomen Politik zu gelangen. Es ist sicher zutreffend, was Carlo Galluzzi in dem besagten Gespräch mit Bundeskanzler Kreisky ausführte: dass die KPI seit *Gramsci* und *Togliatti* innerhalb des internationalen Kommunismus gegenüber Moskau stets auf nationale Souveränität pochte. Man denke nur an Togliattis mutiges Memorandum von Jalta. Anerkennenswert ist so-

¹ Vgl. «Sozialdemokratie und Kommunismus.» Eine Diskussion zwischen Bruno Kreisky und Carlo Galluzzi in «Aspekte des demokratischen Sozialismus» (Verlag List 1974).

dann die seinerzeitige Stellungnahme der KPI zur gewaltsamen Intervention Moskaus in der CSSR. Ich weilte damals ferienhalber in Italien und erlebte nicht nur eindrücklich, wie stark die Empörung über diese Art von Panzersozialismus durch alle Schichten der Bevölkerung ging. Ich erinnere mich auch an die Worte des damaligen Sekretärs der KPI, *Longo*, der die Intervention verurteilte mit dem Hinweis darauf, dass für den italienischen Kommunismus die Prinzipien der Autonomie, der Selbständigkeit und der nationalen Souveränität unverzichtbar seien. Diese spontane und mutige Stellungnahme wurde indessen später wieder relativiert. So erklärte *Berlinguer* anlässlich einer darauf folgenden Konferenz in Moskau wörtlich:

«Wenn wir diese Stellung beziehen, haben wir keineswegs die Absicht, uns in die inneren Angelegenheiten unserer tschechoslowakischen Genossen, ihrer Partei und ihres Staates einzumischen. Niemand ist so sehr wie wir davon überzeugt, dass jede Einmischung in Fragen vermieden werden muss, die ausschliesslich das tschechoslowakische Volk, die tschechoslowakischen Genossen betreffend.

Die Antwort, die *Berlinguer* von Bundeskanzler *Kreisky* erhielt, liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

«Mit der Ausrede, sich in die inneren Angelegenheiten der CSSR nicht einmischen zu wollen, kann ich mich nicht abfinden, beugt sich *Berlinguer* dadurch doch den neuen sowjetischen Vollmachtträgern in der CSSR, *Husak* und *Konsorten*, er zweifelt nicht einmal ihre Vollmachten an, es interessiert ihn nicht, inwieweit sie auch vom Vertrauen des tschechoslowakischen Volkes in diese Funktion berufen wurden, was offenbar zu jenen Fragen gehört, ‚die ausschliesslich das tschechoslowakische Volk angehen‘, das allerdings zum Schweigen verurteilt ist².»

Solche Widersprüche zwischen Theorie und Praxis der KPI zeigen, wie schwer es einer kommunistischen Partei fällt, sich von ihrem geistigen Erbe loszusagen. Der hauptsächlichste Widerspruch einer kommunistischen Parteipolitik geht letztlich auf Karl Marx zurück, das heisst auf den Konflikt zwischen Ziel und Mittel: Einerseits wird das Bekenntnis zu Demokratie und Humanität verkündigt, andererseits besteht die Überzeugung von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes, der nach der Logik der Marxschen Dialektik schonungslos zu führen ist und nicht durch demokratische Spielregeln oder Gebote der Humanität beschränkt werden darf.

Es fehlt seitens der KPI nicht an Versuchen, solche Widersprüche zu beheben. Dies zeigt die von mir zitierte Auseinandersetzung zwischen *Galuzzi* und *Kreisky*. An der KPI ist es nun, ihre sozialdemokratoide Politik glaubwürdig weiterzuentwickeln, um so jene Mauer abzutragen, welche die Anhänger der kommunistischen Diktatur und jene der sozialen Demokratie seit über fünfzig Jahren trennt.

² a. a. O. Seite 100